

SATZUNG DER GEMEINDE FUHLENDORF

über den Bebauungsplan Nr.19 für das Ferienhausgebiet „Am Vogelberg“

Teil A - Planzeichnung

Nutzungschablonen

SO 1	II o
GRZ 0,4	FH 10,5
DN 35°- 45°	
SD	

SO 2	I a
GRZ 0,4	FH 8,0
DN 35°- 45°	
SD	

SO 3	I o
GRZ 0,4	FH 6,0
DN 35°- 45°	
SD	



Darstellung der Wald- und Abstandsflächen gemäß Waldfeststellung mit dem Forstamt Schuenhagen im September 2017



Lage der externen Kompensationsmaßnahme und der Fläche zur Ersatzaufforstung



Externe Kompensationsmaßnahme 1 (KM 1) und Fläche zur Ersatzaufforstung innerhalb des Flurstücks 178/28, Flur 1, Gemarkung Fuhendorf (Luftbild mit Flurgrenzen, © GeoBasis DE/MV 2018)

KM 1: An der nördlichen Flurgrenze des Flurstücks 178/28, Flur 1, Gemarkung Fuhendorf sind 9 Trauben-Eichen (*Quercus petraea*) als Hochstämme in der Mindestqualität STU 16-18 cm und 3xv zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Der Pflanzabstand sollte 10 m betragen. Die Bäume sind für mindestens 5 Jahre durch einen Dreibock und durch eine Umzäunung vor Wildschaden zu sichern.

Entsatzaufforstung: Die Kompensation der Waldumwandlungsfläche ist im Rahmen der geplanten Entsatzaufforstung innerhalb des Flurstücks 178/28, Flur 1 in der Gemarkung Fuhendorf, entsprechend der errechneten Waldpunkte, vorzunehmen.

Planzeichenerklärung

Es gilt die Planzeichenerklärung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2019 (GVBl. M-V S. 682), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeinde Fuhendorf vom 05.10.2020 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 19 für das Ferienhausgebiet „Am Vogelberg“, umfassend die vorhandene Ferienhausanlage „Am Vogelberg“, Heideweg Nr. 25 und 27 in Fuhendorf, begrenzt im Norden durch die Landesstraße 211, im Osten durch den Heideweg, im Westen durch die Erschließungsstraße des Ferienparks am Darf und im Süden durch Grundstück mit Ferienhäusern, umfassend die Flurstücke 178/18, 178/22, 178/28 (teilw.), 178/29, 178/31, 178/32 und 178/1 der Flur 1 in der Gemarkung Fuhendorf, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) mit den örtlichen Bauvorschriften, erlassen:

1. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 10 BauNVO)

SO1 Sondergebiet - Ferienhausgebiet (§ 10 BauNVO), mit 16. Nummerierung

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 18, 19 BauNVO)

II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

GRZ Grundflächenzahl

FH Firsthöhe als max. zulässiges Höchstmaß

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22, 23 BauNVO)

o offene Bauweise

a abweichende Bauweise

Baugrenze

DN zulässige Dachneigung

SD Seitendach

so nur Einzelhäuser zulässig

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

o Straßenbegrenzungslinie

o Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung - geschwindigkeitsreduzierter Bereich

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

o Grünflächen

o Spielplatz, privat

o Parkanlage, privat

Flächen für Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)

o Flächen für Wald

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

o Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

o Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

o Gemeinschaftsstellplätze/Abstellfläche für Müllbehälter

B Badeteich

o Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind - Anbauverbote (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)

o Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

o Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

o Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

o vorhandene bauliche Anlagen

o vorhandene bauliche Anlagen, künftig fortfallend

o vorhandene Flurstücksgrenzen

o Flurstücksnummern

o Bemaßung in m

o vorhandene Geländehöhen in m über NNH (DHN 92)

o Bezugspunkt für Höhenangaben in m über NNH (DHN 92)

o Gehölze, geschützt gemäß kommunaler Baumschutzsatzung, künftig fortfallend

o Gehölze, ohne Schutzstatus, künftig fortfallend

3. Nichtrechtliche Übernahmen

o Gehölze, geschützt gemäß kommunaler Baumschutzsatzung

o Gehölze, ohne Schutzstatus

o Waldabstandslinie, mit der Forstbehörde abgestimmt

Hinweise

Im Plangebiet sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bau- oder Bodendenkmale betroffen. Werden bei Erdarbeiten Bodendenkmale unvermutet neu entdeckt, ist dies gemäß § 11 Abs. 2 DschG unverzüglich dem Unteren Denkmalbehörde anzuzeigen. Fund- und Fundstelle sind bis zum Eintreffen eines Vertreters des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Das Plangebiet ist nicht als kampfmittelbelastet bekannt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass bei Tiefbauarbeiten Munitionsfunde auftreten können. Aus diesem Grunde sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei diesen Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition aufgefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit an der Fundstelle und der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen und der Munitionsbegabungsdienst zu benachrichtigen. Nötigenfalls ist die Polizei ggf. die örtliche Ordnungsbehörde hinzuzuziehen. Wer Kampfmittel entdeckt, in Besitz hat oder Kenntnis von Lagerstellen derartiger Mittel erhält, ist verpflichtet, dies unverzüglich der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind in dem Geltungsbereich der Satzung keine Altablagerungen oder Altlastenverdachtsflächen bekannt. Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes (unnatürlicher Geruch, anormale Färbung, Austritt verunreinigter Flüssigkeiten, Ausgasungen, Altablagerungen) angefallen, ist der Grundstückseigentümer gemäß § 4 Abs. 3 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Auf die Anzeigepflicht bei der unteren Abfallbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen wird hingewiesen.

Innerhalb des Plangebietes dürfen Anlagen und ortsfeste Einrichtungen aller Art gem. § 34 Abs. 4 Bundeswasserfallengesetz weder durch ihre Ausgestaltung noch durch ihren Betrieb zu Verunreinigungen mit Schmutzstoffen Anlass geben, deren Wirkung beeinträchtigen, deren Betrieb behindern oder die Schiffsfahrer durch Blendwirkungen, Spiegelungen oder anders irreführen oder behindern. Wirtschaftserwerb in Verbindung mit Schiffsfahrzeuhen ist unzulässig. Geplante Beleuchtungsanlagen oder Leuchttürme, die von der Wasserstraße aus sichtbar sind, sind dem Wasserstraßen- und Schiffsamt frühzeitig anzuzeigen.

Für den Revierverlust der Brutvogelart Rauchschnäbe sind vier geeignete Nisthilfen anzubringen. Hierfür können geeignete Nisthilfen der Firma Schwelger verwendet werden oder geeignete Holzbretter unter einem Dach bzw. Vordach (z.B. Stallgebäude) angebracht werden. Es ist ein Abstand der Holzbretter von max. 6 bis 10 cm zum Dach einzuhalten. Die Zugänglichkeit der Nisthilfen ist während der gesamten Brutzeit (April bis Oktober) durchgängig zu gewährleisten. Die Maßnahme ist am Schuenen- bzw. Stallgebäude auf dem südlich angrenzenden Flurstück 178/28, Flur 1, Gemarkung Fuhendorf durchzuführen.

Um die im Plangebiet vorkommenden gebäudebedrohenden Vogelarten Rauchschnäbe und Hausrotschnäbe nicht direkt bei bau- und bauvorbereitenden Maßnahmen zu beeinträchtigen bzw. in deren Brut erheblich zu stören, sind die Abriss- oder Umbaumaßnahmen nur außerhalb der Brutzeit im Zeitraum 01.10. bis 15.03. zulässig. Vergrößerungsmaßnahmen zur Verhinderung von Schwellenansammlungen sind nicht zulässig. Um die im Plangebiet vorkommenden baumbildenden Vogelarten nicht direkt bei bau- und bauvorbereitenden Maßnahmen zu beeinträchtigen bzw. deren Brutzeit erheblich zu stören sind ggf. erforderliche Fällarbeiten nur im Zeitraum 01.10. bis 28.02. eines jeden Jahres zulässig. Ausnahmen sind zulässig, sofern der gütliche Nachweis durch den Verursacher erbracht wird, dass innerhalb der Gebäude bzw. Bäume keine Brutvögel brüten und die Zustimmung der zuständigen Behörde vorliegt.

Zur Vermeidung von Schäden an zu erhaltenden Einzelbäumen sind die geltenden Standards bei der Bauausführung zu beachten. Es sind insbesondere Schutzmaßnahmen für den Wurzelbereich bei Bodenauflage- und -abtrag, Gründung und der Baustelleneinrichtung vorzunehmen.

Okokonto: Der Ausgleich für die Herauslösung des Plangebietes aus dem Landschaftsschutzgebiet „Bodenlandschaft“ erfolgt durch den Okokonto „Sandmagerwiesen Fuhendorf“ (Okokonto Nr. VR-049 des Landes Mecklenburg-Vorpommern). Hierbei wird innerhalb der nicht bewaldeten Bereiche des Flurstücks 79/2, Flur 1 in der Gemarkung Fuhendorf durch eine entsprechende Pflege ein Sandmagerwiesen auf einem Ackerstandort wiederhergestellt. Durch diese Maßnahme erfolgt eine naturschutzfachliche Aufwertung innerhalb des Landschaftsschutzgebietes. Das bilanzierte Eingriffäquivalenzwert von 14.682 m² EFA wird durch die Abbuchung von Okokonten aus diesem Okokonto ausgeglichen.

Präambel

Aufgrund des 10. Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LbauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVBl. M-V S. 334), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2019 (GVBl. M-V S. 682), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeinde Fuhendorf vom 05.10.2020 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 19 für das Ferienhausgebiet „Am Vogelberg“, umfassend die vorhandene Ferienhausanlage „Am Vogelberg“, Heideweg Nr. 25 und 27 in Fuhendorf, begrenzt im Norden durch die Landesstraße 211, im Osten durch den Heideweg, im Westen durch die Erschließungsstraße des Ferienparks am Darf und im Süden durch Grundstück mit Ferienhäusern, umfassend die Flurstücke 178/18, 178/22, 178/28 (teilw.), 178/29, 178/31, 178/32 und 178/1 der Flur 1 in der Gemarkung Fuhendorf, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) mit den örtlichen Bauvorschriften, erlassen:

Teil B-Text

Es gilt die Bauabstandsverordnung (BauABVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1 Abs. 2 Nr. 11, § 10 Abs. 1, 2 und 4)

1.1 Die Sondergebiete „Ferienhausgebiet“ - SO 1 bis SO 3 dienen der Neuerrichtung und dem Betrieb einer Ferienhausanlage.

1.2 In den Sondergebieten „Ferienhausgebiet“ - SO 1 und SO 3 sind Ferienhäuser zulässig, die aufgrund ihrer Lage, Größe, Ausstattung, Erschließung und Versorgung für den Erholungsaufenthalt geeignet und dazu bestimmt sind, überwiegend und auf Dauer einem wechselnden Personenkreis zur Erholung zu dienen. Außerdem sind Versorgungs- und Verwaltungsbauwerke, Lager- und Abstellräume, Erschließungswege sowie sonstige Anlagen zulässig, die zum Betrieb einer Ferienhausanlage erforderlich sind.

1.3 In dem Sondergebiet „Ferienhausgebiet“ - SO 2 sind Einrichtungen der gastronomischen Versorgung und Läden, Einrichtungen der touristischen Infrastruktur, Wohnungen für Aufsichtspersonal, Betriebsinhaber oder -leiter, Wellnessangebote, sowie ein Badeteich mit einer maximalen Größe von 500 m², jeweils mit dazugehörigen Nebenanlagen zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 18 Abs. 1 BauNVO)

2.1 Die Sockelhöhe (Oberkante Rohfußboden) darf maximal 0,50 m über dem Bezugspunkt betragen.

2.2 Die vorhandenen Geländehöhen dürfen nur um maximal +/- 0,50 m, bezogen auf das anstehende Gelände, verändert werden. Erhöhungen höher als 0,50 m über den Bezugspunkt sind unzulässig.

2.3 Für die festgesetzte Firsthöhe sowie die festgesetzte Sockelhöhe gilt als Bezugspunkt die Höhe von 5,30 m über NNH (DHN 92).

3. Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22, 23 BauNVO)

3.1 Im Sondergebiet „Ferienhausgebiet“ - SO 2 gilt abweichend von der offenen Bauweise, dass an die rückwärtige Grundstücksgrenze gemäß der festgesetzten Baugrenzen herabgebaut werden darf.

3.2 Terrassen dürfen die festgesetzten Baugrenzen um maximal 1,50 m überschreiten.

4. Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, §§ 12 Abs. 2 und 6, und 14 Abs. 1 BauNVO)

4.1 In den festgesetzten Flächen mit der Zweckbestimmung „Gemeinschaftsstellplätze“ sind Garagen und überdachte Kfz-Stellplätze (Carports) unzulässig. Überdachte Fahrrad-Stellplätze sind zulässig. Außerhalb dieser Flächen sind weitere Kfz-Stellplätze, überdachte Kfz-Stellplätze (Carports) und Garagen unzulässig.

4.2 In der festgesetzten Fläche mit der Zweckbestimmung „Badeteich“ ist ein Badeteich gemäß den Festsetzungen unter Punkt 1.3 zulässig.

4.3 Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO wird die Errichtung von Kleinwindkraftanlagen und freistehenden Antennenmasten sowie die Aufstellung von oberirdischen Gas- oder Ölbehältern im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes ausgeschlossen.

5. Flächen, die von einer Bebauung freizuhalten sind

(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)

5.1 Innerhalb der festgesetzten Fläche A, der Anbauverbotszone von 20 m zur Landesstraße L 211, dürfen in einer Entfernung bis zu 20,0 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung nicht errichtet werden (gemäß § 31 Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern). Abweichend davon sind die Anlage von Wegen und Spielplätzen sowie das Aufstellen von Spielgeräten zulässig.

5.2 Innerhalb des Waldbestandes ist die Errichtung hochbauartiger Anlagen jeglicher Art unzulässig.

6. Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

6.1 Innerhalb der festgesetzten Fläche A, der Anbauverbotszone von 20 m zur Landesstraße L 211, dürfen in einer Entfernung bis zu 20,0 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung nicht errichtet werden (gemäß § 31 Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern). Abweichend davon sind die Anlage von Wegen und Spielplätzen sowie das Aufstellen von Spielgeräten zulässig.

6.2 Innerhalb dieser Fläche sind Außenbereiche auf der lernabhängigen Seite der Ferienhäuser anzuordnen. Sie sind auch an anderen Orten zulässig, wenn im Näherbereich der Außenbereiche schädliche Umwelteinwirkungen (z.B. Verstaubungen) umsetzt werden, die eine Pegelminderung auf den Orientierungswert für Ferienhausgebiete von 50 dB(A) im Tageszeitraum bewirken.

7. Grünflächen, Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 u. 25a und b, § 202 BauGB)

7.1 Bei den Erdarbeiten anfallender, unbelasteter Bodenaushub ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und an Ort und Stelle wieder zu verwerten oder einer Verwertung zuzuführen.

7.2 Innerhalb der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ ist die Herstellung von Wegen und Aufenthaltsplätzen zulässig. Wege und Platzflächen sind in wasserundurchlässiger Bauweise (Schottersteinen, Rasengitter, Fugenpflaster, versickerungsfähiges Pflaster oder wasserundurchlässige Decke) herzustellen.

7.3 Innerhalb der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ sind Spielgeräte mit den entsprechenden Fallschutzebenen und -materialien sowie dazugehörige Wege und Aufenthaltsbereiche zulässig. Wege und Platzflächen sind in wasserundurchlässiger Bauweise herzustellen. Die übrigen Bereiche können unter Beachtung eventuell vorhandener Gehölze mit Baum- und Strauchgruppen aus heimischen, standortgerechten Arten oder als Landschaftsrasen gestaltet werden. Es sind keine Pflanzen zulässig, die aufgrund ihrer Giftigkeit für Kinder-Spielplätze als ungeeignet eingestuft werden.

7.4 Die Kfz-Stellplätze (ohne Zufahrten) sind in wasserundurchlässiger Bauweise herzustellen.

7.5 Für den dargestellten Baumbestand gilt die kommunale Baumschutzsatzung der Gemeinde Fuhendorf. Die dort verankerten Maßgaben zum Schutz des Baumbestandes sind zu berücksichtigen. Leinwandbäume im Bereich von Wurzeln sind als Handschachtung auszuführen. Alle Wurzeln mit einem Durchmesser von größer als 2 cm sind zu erhalten.

7.6 Für den Revierverlust der Brutvogelart Hausrotschnäbe sind als CEF-Maßnahme vor Baubeginn vier Nisthilfen (Halbhöhle 2H Fa. Schwelger o. ä.) an geeigneten Bäumen oder verbleibenden Gebäuden innerhalb des Plangebietes in einer Aufhängenhöhe von 2 bis 3 m anzubringen. Die Nisthilfen sind einmal jährlich außerhalb der Brutzeit zu reinigen.

7.7 Beim Abruch der Gebäude ist auf Quartierbereiche von Fledermäusen zu achten. Als Vorsorgemaßnahme für den potentiellen Verlust von Fledermausquartieren ist je abgebrochenem Gebäude an den neu zu errichtenden Gebäuden 1 Fledermausflachkasten der Firma Hassefeldt anzubringen. Eine ökologische Baubegleitung beim Abruch ist damit nicht erforderlich.

8. Örtliche Bauvorschriften

(§ 9 Abs. 4 BauGB sowie § 86 LbauO M-V)

8.1 Zur einheitlichen Gestaltung aller Dächer der Ferienhausanlage ist die Bedachung der Hauptdächer nur mit Tonziegeln einheitlich in rot, rotbraun oder anthrazit zulässig.

8.2 Fassaden sind als verputzte Flächen oder mit Schichtmauerwerk auszuführen. Außerdem sind Holzfassaden mit Ausnahme von Blockbohlenhäusern bis zu einem Fassadenanteil von 30 % zulässig. Eine Verschönerung von Fassaden ist unzulässig.

8.3 Die Verwendung von reflektierenden Dach- oder Fassadenmaterialien ist mit Ausnahme von Glasflächen und von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie unzulässig. Die Verwendung von Dach- oder Fassadenmaterialien, die andere Baustoffe vorantreiben, ist unzulässig.

8.4 Stellplätze von Müllbehältern sind mit einer blickdichten, dauerhaften Bepflanzung, begrünter Umkleiung oder Rankgittern zu versehen.

8.5 Einfriedungen an den öffentlichen Straßenseiten sind nur als Laubbolzhecke aus heimischen Arten oder Holzzäun zulässig. Drahtzäune sind nur in Verbindung mit Hecken zulässig. Die zulässige Höhe der Einfriedungen zur Straßenseite beträgt maximal 1,80 m. Lebensbaum- und Scheinzypressengewächse (z.B. Thuja) sind als Einfriedungen unzulässig.

8.6 Werbeschilder und Leuchtbildern, die sich bewegend Licht sind unzulässig. Die Aufstellung von Warenautomaten ist unzulässig.

8.7 Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Festsetzungen 8.1 bis 8.6 dieser Satzung nach § 86 Abs. 1 und 2 Landesbauordnung M-V (LbauO M-V) verstoßen, ist nach § 86 Abs. 1 Nr. 1 LbauO M-V und kann mit Bußgeld gemäß § 84 Abs. 3 LbauO M-V belegt werden.

Plangrundlagen:

Lage- und Höhenplan, erstellt durch das Vermessungsbüro Zeh, Ribnitz-Damgarten, Stand März 2018; Digitale topographische Karte im Maßstab 1:10000, Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, © GeoBasis DE/MV 2018; eigene Erhebungen

Planverfasser:

Stadt- und Regionalplanung
Prof. Dr. Gero Lohmann
Lithische Straße 95
20090 Lübeck
Tel. 0454 300000
info@gero-lohmann.de

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Übersichtplan

Verfahrensvermerke

1. Aufgestellt aufgrund der Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 10.07.2017. Die örtliche Bekanntmachung der Aufstellungsbeschlüsse ist vom 01.08.2018 bis zum 17.08.2018 durch Aushang erfolgt.

Gemeinde Fuhendorf, den (Siegel) Der Bürgermeister

2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist mit Schreiben vom 27.08.2018 beteiligt worden.

Gemeinde Fuhendorf, den (Siegel) Der Bürgermeister

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist in der Zeit vom 28.08.2018 bis zum 04.10.2018 durch eine öffentliche Auslegung der Planung während der Dienststunden im Bauamt des Amtes Barth durchgeführt worden. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sowie die Nachbargemeinden sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Gemeinde Fuhendorf, den (Siegel) Der Bürgermeister

4. Die Gemeindevertretung hat am 11.03.2019 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 19 mit Begründung und Umweltbericht gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Gemeinde Fuhendorf, den (Siegel) Der Bürgermeister